

Vernichtendes Zeugnis für die katholische Kirche

In Frankreich gab es zwischen 1950 und 2020 im kirchlichen Umfeld 330 000 Übergriffe

NINA BELZ, PARIS

«Ich weiss, Sie kommen aus der Hölle zurück. Sie haben die dunkelsten und widerlichsten Details entdeckt, die der Mensch in seinen Neurosen manchmal hervorbringen kann.» Mit diesen Worten hat François Devaux seinen Dank an die Kommission ausgedrückt, die am Dienstag die Ergebnisse von rund zweieinhalb Jahren Untersuchungen über den Umfang der Missbrauchsfälle in Frankreichs katholischer Kirche veröffentlicht hat.

Ohne Devaux und seine Mitstreiter hätte es die unabhängige Kommission «sexueller Missbrauch in der Kirche» (Ciase) wohl nicht gegeben. Devaux gehörte zu jenen, die 2016 ihren Missbrauch durch den Priester Bernard Preynat in den 1980er Jahren öffentlich gemacht hatten und damit die Mauer des Schweigens in Frankreichs Diözesen ins Wanken brachten. In der Folge kam es zu Strafprozessen gegen Preynat und seinen Vorgesetzten, den ehemaligen Erzbischof von Lyon. Die französische Bischofskonferenz gab 2018 auf grossen öffentlichen Druck hin schliesslich eine externe Studie in Auftrag.

«Massiv» und «systematisch»

Die Erkenntnisse der interdisziplinären Kommission vermitteln eine Ahnung davon, was im kirchlichen Umfeld seit den 1950er Jahren hingegenommen, beschwiegen und vertuscht wurde. Die Ciase schätzt, dass zwischen 1950 und 2020 mindestens 216 000 heute volljährige Personen als Minderjährige von Geistlichen sexuell missbraucht worden sind. Bei 32 Prozent der Übergriffe soll es sich um Vergewaltigungen gehandelt haben. Die Zahl der Täter in den untersuchten 70 Jahren wird auf zwischen 2900 und 3200 Geistliche geschätzt. Zählt man die Übergriffe der Laien hinzu, die in dieser Zeit im kirchlichen Umfeld tätig waren, so steigt die Zahl der Opfer auf mindestens 330 000 Fälle.

Die Ciase hat innerhalb von mehr als zweieinhalb Jahren nicht nur einige tau-



Wie die jüngste Studie zeigt, ist der Umfang des Missbrauchs in Frankreich noch grösser als befürchtet.

SARAH MEYSSONNIER / REUTERS

send Aussagen und Berichte von direkt Betroffenen angehört und ausgewertet sowie Polizei-, Justiz- und Pressearchive durchforstet. Sie hat auch – und dies etwa im Unterschied zur MHG-Studie, die in Deutschland zum selben Problem durchgeführt wurde – Einsicht in die Kirchenarchive bekommen. Ihre Erkenntnisse stellte sie zudem in Relation zu einer Untersuchung des dem Gesundheitsministerium angehängten Forschungsinstituts Inserm. Diese behandelt die Prävalenz von sexuellem Missbrauch in der französischen Gesellschaft im selben Zeitraum.

Der Befund: Die katholische Kirche ist nach der Familie und dem Be-

kanntenkreis jenes Milieu, in dem es in Frankreich zu den meisten sexuellen Übergriffen auf Minderjährige gekommen ist. Das Risiko, im kirchlichen Umfeld Opfer zu werden, sei dabei doppelt so hoch wie in der Schule, stellte der Präsident der Kommission, Jean-Marc Sauvé, fest.

Sauvé ergänzte, dass sich zwar 56 Prozent der Fälle zwischen 1950 und 1970 zugezogen hätten. Die Zahl habe sich aber ab den 1970er Jahren lediglich stabilisiert. Das Phänomen bleibe präsent. Das bringt die Kommission dazu, von einem «massiven» und «systematischen» Missbrauch zu sprechen. Die katholische Kirche in Frankreich habe erst in den ver-

gangenen sechs Jahren begonnen, sich damit auseinanderzusetzen, sagte Sauvé. Ab jenem Moment, als François Devaux und seine Mitstreiter ihre Stimme erhoben haben. Die Kommission hält fest, dass diese Auseinandersetzung in ungenügender Weise erfolgte.

Eine Bitte um Verzeihung

Frankreich reiht sich in der Aufarbeitung hinter den Ländern ein, die schon früher in die Abgründe der katholischen Kirche geschaut haben. Die Ciase stellt im internationalen Vergleich Ähnlichkeiten wie Unterschiede fest. So sind auch in Frankreich mit 80 Prozent die

Mehrheit der Opfer männlich und zur Tatzeit zwischen 10 und 13 Jahre alt. Über die gesamte Gesellschaft gesehen werden allerdings deutlich mehr Mädchen Opfer von sexueller Gewalt.

Jean-Marc Sauvé wies zudem darauf hin, dass sich Frankreich bezüglich der Anzahl Täter – etwa 2,8 Prozent aller im Untersuchungszeitraum tätigen Geistlichen – im Vergleich eher am unteren Rand der Skala befinde. Er präzisierte, dass es sich dabei um eine Mindestschätzung handle. Die Kommissionen in den USA, Deutschland und den Niederlanden hätten sich mit vier bis fünf Jahren mehr Zeit genommen.

Sauvé überreichte den rund 2500 Seiten umfassenden Bericht am Dienstag Eric de Moulins-Beaufort, dem Vorsitzenden der französischen Bischofskonferenz. Dieser entschuldigte sich bei den Betroffenen und sagte, die Zahl der Opfer übersteige die Vorstellungen, die man gehabt habe. «Ich drücke mein Beschämen, mein Entsetzen und meinen Willen zu handeln aus», sagte Moulins-Beaufort. Und er verwies auf die ersten Reformen, die im März in der Kirche unternommen worden seien: unter anderem die Ausweitung der Kompetenzen des Strafgerichts im Vatikan. Sauvé wie auch Devaux machten allerdings deutlich, dass es ihnen nicht allein um Vergangheitsbewältigung gehe.

Sauvé verwies auf die 45 Empfehlungen, die der Kommissionsbericht ebenfalls enthält. Unter anderem schlägt er die Schaffung einer Gerichtsbarkeit vor, die auch den Opfern Zugang zur juristischen Aufarbeitung ermöglicht. Auch die Führungsstruktur der Kirche müsse reformiert werden, führte Sauvé aus, sie habe sich bei der Aufarbeitung der Skandale als hinderlich erwiesen. Zudem seien die Opfer zu entschädigen. François Devaux, der seine Opfervereinigung im Frühjahr dieses Jahres aufgelöst hat, beendete seine Rede mit einer rhetorischen Frage: «Kann man vernünftigerweise denken, dass die Kirche dazu fähig ist, ein fundamentales Reformprogramm umzusetzen?» Dass er daran Zweifel hat, fügte er schliesslich doch noch an.

IN KÜRZE

China und USA versuchen in Zürich neuen Dialog

A. R. · Vor dem Hintergrund starker Spannungen in der Taiwan-Frage und ungelöster Handelskonflikte will der amerikanische Sicherheitsberater Jake Sullivan am Mittwoch in Zürich den chinesischen Chefdiplomaten Yang Jiechi treffen. Dies gab das Weisse Haus am Dienstag kurzfristig bekannt. Laut der «South China Morning Post» wollen die beiden Spitzenfunktionäre versuchen, die bilateralen Kommunikationskanäle wieder aufzubauen. Bei einem Treffen der beiden im März in Alaska war es zu einem Eklat gekommen, als Yang Sullivan und dem Aussenminister Antony Blinken eine Standpauke gehalten hatte. Die neue Gesprächsrunde folgt auf eine Serie von gegenseitigen Vorwürfen. Das Weisse Haus kritisierte diese Woche Chinas Militärbewegungen im Luftraum über der Taiwan-Strasse scharf, während Peking einmal mehr die amerikanischen Handelsanktionen anprangerte. Sullivan wird nach seinem Aufenthalt in der Schweiz nach Brüssel weiterreisen.

Britische Diplomaten sprechen mit Taliban

(dpa) · Britische Diplomaten haben sich in Afghanistan mit Vertretern der Taliban getroffen. Themen waren die humanitäre Hilfe, eine sichere Passage für Ausreisewillige, die Rechte von Minderheiten sowie von Frauen und Mädchen sowie die Notwendigkeit, dass das Land nicht erneut ein «Brutkasten für den Terrorismus» werde.

Rumänien steckt in einer Doppelkrise

Das Land schlittert ohne eine Regierung in die vierte Corona-Welle

VOLKER PABST, ISTANBUL

Rumänien ächzt seit mehreren Wochen unter dramatisch steigenden Corona-Fallzahlen und einem erbitterten politischen Machtkampf. An beiden Fronten ist am Dienstag ein vorläufiger Höhepunkt erreicht worden.

Erstmals seit Ausbruch der Pandemie wurden an einem Tag über 15 000 Neuansteckungen gemeldet, und die Kurve zeigt weiterhin steil nach oben. Die Lage in den Krankenhäusern ist äusserst angespannt. Auf den Intensivstationen sind alle regulären Betten belegt. Auch gut die Hälfte der 120 Reserveplätze, die in Notsituationen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden können, wird bereits in Anspruch genommen. Am Dienstagabend wurden deshalb auf behördliche Anordnung in staatlichen Spitälern alle planbaren Eingriffe für 30 Tage ausgesetzt, um Kapazitäten freizusetzen.

Ein wichtiger Grund für die Notlage ist die schliessend voranschreitende Impfkampagne. In Rumänien sind nur 28 Prozent der erwachsenen Bevölkerung vollständig geimpft. EU-weit ist der Wert nur im Nachbarland Bulgarien noch tiefer. Die grosse Mehrheit der rumänischen Patienten mit schwerem Krankheitsverlauf ist nicht geimpft.

Viele Unfälle in Spitälern

Angesichts der dramatischen Situation appellieren Ärzte an die Regierung, internationale Hilfe anzufordern. Bukarest hat sich nicht zuletzt aus Prestige Gründen bisher gegen die-

sen Schritt ausgesprochen. Das rumänische Gesundheitssystem ist unterfinanziert. Auch der stetige Abfluss von Fachpersonal schwächt die Leistungsfähigkeit. Aus keinem anderen europäischen Land wandern jährlich mehr Ärzte und Pflegekräfte in den Westen aus.

Dass vielerorts die Belastungsgrenze erreicht ist, macht sich auch durch die gehäuften Unfälle in Krankenhäusern bemerkbar. In den letzten zehn Monaten kam es in zehn Spitälern zu teilweise verheerenden Bränden, meist auf der Intensivstation. Am Freitag kamen neun Patienten bei einem Brand in der Hafenstadt Constanta ums Leben. Ein zehntes Opfer erlag am Montag seinen Verletzungen.

Ausgerechnet in dieser Notsituation steht das Land nun ohne Regierung da. Das Parlament hat am Dienstag Ministerpräsident Florin Citu das Vertrauen entzogen. Allerdings war die Handlungsfähigkeit der Landesführung wegen des Austritts eines Koalitionspartners bereits davor stark eingeschränkt gewesen.

Der Banker und spätere Finanzminister Florin Citu hatte seit den Wahlen im Dezember 2020 einer Koalition aus seiner konservativen PNL, der auch Staatspräsident Klaus Iohannis nahesteht, dem liberal-progressiven Reformbündnis USR und der Partei der ungarischen Minderheit vorgestanden. Unter anderem die Frage der Justizreformen führte in den letzten Monaten zu erheblichen Spannungen zwischen den Parteien.

Justizreformen sind seit Jahren ein zentraler Punkt der rumänischen Politik. Die letzte postsozialistische Regie-

rung hatte unter dem Einfluss ihres mittlerweile strafrechtlich verurteilten Parteipräsidenten Liviu Dragnea eine ganze Reihe von Reformen aufgegleist, deren Ziel es war, den Kampf gegen die Korruption zu erschweren. Das Land war vorübergehend auf bestem Wege, zu einem weiteren rechtsstaatlichen Sorgenkind der EU zu werden. Mehrmals kam es zu grossen Kundgebungen gegen die Regierung.

Die Reformpartei USR, die vor allem in städtischen Kreisen auf Zuspruch stösst, wirft den Konservativen vor, die vereinbarte Stärkung des Rechtsstaates nicht entschlossen genug vorangetrieben zu haben. Dabei schwingt der Vorwurf mit, dass die PNL insbesondere in der Provinz ebenso Teil des korruptionsanfälligen Establishments der Nachwendejahre ist wie die Postsozialisten.

Alte Koalition oder Neuwahlen

Der Streit eskalierte Anfang September, als Ministerpräsident Citu den liberalen Justizminister entliess, worauf die USR aus der Regierung austrat. Bereits im Frühjahr hatte Citu den Gesundheitsminister entlassen. Dem Regierungschef, und damit auch seinem Förderer, Präsident Iohannis, wird vorgeworfen, immer mehr Macht an sich gerissen zu haben.

Dabei dürften auch die 29 Milliarden Euro eine Rolle spielen, die dem sechstgrössten EU-Land aus dem Wiederaufbaufonds zugesprochen wurden. Ohne eine Regierung wird es bei der Umsetzung der Projekte aber unweigerlich zu Verzögerungen kommen. Bereits der

Austritt der USR aus der Regierung hatte die Landeswährung Leu beträchtlich unter Druck gesetzt.

Wie es nach Citus Sturz weitergeht, ist offen. Präsident Iohannis muss dem Parlament einen neuen Regierungschef vorschlagen. Unter den herrschenden Kräfteverhältnissen ist eigentlich nur eine Neuaufgabe der alten Koalition denkbar, da weder die Postsozialisten noch die rechtspopulistische Partei AUR als Partner infrage kommen. Andernfalls würden Neuwahlen fällig. Fest steht, dass sich das Land eine lange politische Krise zurzeit nicht leisten kann.

ANZEIGE

SWISS  ROCK

INVESTIEREN SIE,
WO ZINSRISIKEN
EINKALKULIERT SIND.

100% Schweiz. 100% Kundenorientiert.
100% Co-Investing. www.swiss-rock.ch